Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 94 (2014)

Heft: 1021

Artikel: Das Ende der sozialen Frage?

Autor: Wermuth, Cédric

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-736008

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Das Ende der sozialen Frage?

Keineswegs! Eine Replik.

von Cédric Wermuth

Im Spätsommer hat der Ökonomieprofessor Christoph Schaltegger nichts weniger verkündet, als dass die «soziale Frage» als «weitgehend gelöst» betrachtet werden könne.[1] Diese Position spricht für die «Realitätsnähe» der aktuellen ökonomischen Lehre. Ein Blick auf den rasant wachsenden Anteil der Ergänzungsleistungen an den AHV- und IV-Rentensummen reicht, um diesen Unsinn als solchen zu entlarven: Offenbar reichen für über 300 000 Menschen in der Schweiz bereits heute die normalen Renten des Sozialstaates nicht dazu, die minimalen Lebenskosten zu decken. Tatsächlich wird der Bedarf an öffentlichem Risikosharing – und nichts anderes ist der Sozialstaat letztlich – weiter steigen und nicht abnehmen. Gründe dafür gibt es viele: steigender Anteil atypisch Beschäftigter mit prekären Einkommensverhältnissen, die zunehmende Belastung der Haushalte durch die Gesundheitskosten, Pflegekosten im Alter, die tiefen Renditen in der 2. Säule oder die nach wie vor völlig unzureichenden Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die soziale Frage ist also mitnichten gelöst. Also gilt es weiterhin, nach Antworten zu suchen.

Ungleichheit in der Schweiz: Traditionell zwar stabil – aber zunehmend akzentuiert

Den grössten Teil seines Artikels verwendet Schaltegger darauf, die Schweiz in Sachen Einkommens- und Vermögensverteilung als stabilen Sonderfall unter den OECD-Staaten darzustellen. Sein Befund ist vor allem eine Folge der gewählten Daten. Die von Schaltegger verwendeten Steuerstatistiken unterschätzen dabei grundsätzlich vor allem die hohen Einkommen und Vermögen. Die Ökonomen Reto Föllmi und Isabel Martinez (2014)[2] ergänzen die Zahlen der Steuerstatistiken mit AHV-Daten und beziehen die sogenannten Sonderfälle mit ein (vor allem die Pauschalbesteuerten). Auch sie kommen zum Schluss, dass in der langen Frist der Einkommensanteil des reichsten Prozents bemerkenswert konstant geblieben sei. Dieser Trend hat sich allerdings im Zeitraum einer Generation dem europäischen «Normalfall» angeglichen: Seit 1993 nimmt die Einkommenskonzentration auch in der Schweiz deutlich zu.

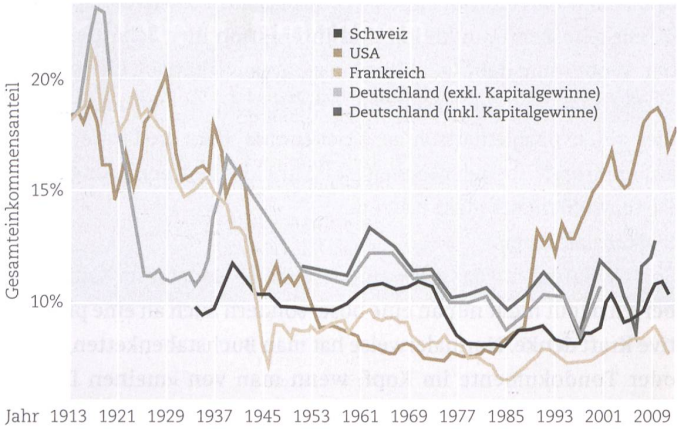
Vor allem hat die Konzentration ganz oben stark zugenommen: Während die obersten 10 Prozent der Einkommensbezieher im betrachteten Zeitraum einen Einkommenszuwachs von 13 Prozent erlebten, betrug der Anstieg für das oberste Prozent 31 Prozent, und die 0,01 Prozent Topshots (rund 450 Steuersubjekte) konnten ihr Einkommen sogar um 117 Prozent steigern. Sie liessen mit grossem Abstand alle anderen Arbeitnehmer hinter sich.

Cédric Wermuth
ist SP-Nationalrat und Co-Präsident der SP Aargau. Bis 2011 war er Präsident der Schweizer Jungsozialisten. Er lebt in Baden AG.

Rasanter Anstieg in den letzten 20 Jahren

Als hauptverantwortlich für diese zunehmende Konzentration können vor allem die exorbitant gewachsenen Löhne der Manager und CEOs und die «flexiblen Lohnanteile», sprich Bonuszahlungen, ausgemacht werden.[3] So hat sich die Zahl der Lohnhalbmillionäre zwischen 1997 und 2010 von 2764 auf 11 586 mehr als vervierfacht.[4] Oder einfacher: seit den 90er Jahren profitiert insbesondere die Teppichetage von höheren Löhnen. Die grosse Mehrheit der Arbeitnehmer musste sich – wenn überhaupt – mit bescheidenen Lohnerhöhungen begnügen, die wiederum

Top-1%-Einkommensanteil CH u.a.



Quelle: www.voxeu.org/article/top-income-shares-switzerland-1981-2009

von steigenden Abgaben und Lebenshaltungskosten nahezu zunichte gemacht wurden.

Gemäss Wohlstandsbericht des Bundesrates (2014)[5] sind zwischen 2003 und 2010 die Reichsten nicht nur reicher, sondern die Ärmsten auch ärmer geworden: Während das Einkommen der reichsten fünf Prozent preisbereinigt um 5,8 Prozent gestiegen ist, musste das unterste Viertel eine reale Einkommensreduktion von 0,7 Prozent verkraften.

Gleichzeitig zur sich öffnenden Lohnschere profitierten Kapitalbesitzer überproportional von der Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre. So haben sich auch die Gewinnausschüttungen der Unternehmen an private Haushalte in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt. Während die 0,1 Prozent der reichsten Personen dank ihrem Vermögen pro Tag durchschnittlich 6888 Franken an Kapitalgewinnen herausholten, erhielt die ärmere Hälfte der Bevölkerung täglich nur einen Franken (Berechnungsjahr 2008).[6]

Geringe Umverteilungswirkung der Steuern?

Klar: entscheidend ist, was den Menschen nach allen Abzügen zum Leben zur Verfügung steht. Die allgemeinen finanziellen Belastungen haben in den vergangenen Jahren zugenommen, insbesondere aufgrund der stark steigenden Krankenkassenprämien und Mietzinsen. Insbesondere die einkommensschwächsten 20 Prozent werden gemäss Wohlstandsbericht des Bundesrates durch Ausgaben zur Deckung der materiellen Grundbedürfnisse wie Wohnkosten oder Nahrungsmittel weit überdurchschnittlich belastet. Der Gewerkschaftsbund hat ausgerechnet (2013)[7], dass deshalb den Arbeitnehmern mit tiefen und mittleren Löhnen heute zwischen 300 und 1300 Franken pro Jahr weniger zum Leben bleiben als noch vor zehn Jahren. Während die bürgerliche Politik mit steuerlicher Privilegierung der Reichen die Ungleichheit noch verschärft hat, hat sie es gleichzeitig versäumt, in den eigentlich sonst stark regulierten Bereichen Gesundheit und Wohnen griffige Massnahmen durchzusetzen, um die Kaufkraft zu stärken.

Wie man es aber drehen und wenden will: der Schweizer Sozialstaat ist keine Rückverteilungsmaschine. Die Verteilungswirkung der Schweiz ist durch Transferleistungen und Besteuerung in einem weltweiten OECD-Vergleich mit entwickelten Volkswirtschaften unterdurchschnittlich.[8] Die geringe Rückverteilungswirkung manifestiert sich denn auch in einer zunehmenden Vermögenskonzentration. 2009 besass das reichste Prozent der Schweizer Steuerpflichtigen über 40 Prozent des Vermögens[9]. Laut einem Bericht der Universität der Vereinten Nationen sind die Vermögen weltweit nur in zwei Ländern ungleicher verteilt als in der Schweiz[10]. Und die Party geht weiter, wie auch die Wirtschaftszeitung «Bilanz» jedes Jahr feststellt, wenn sie ihre Milliardärsliste publiziert: Die 300 reichsten Schweizer konnten allein im Jahr 2013 ihr Vermögen um 52 Milliarden Franken steigern – auf 564 Milliarden Franken, so viel wie noch nie. Einfacher gesagt: die Krise scheint die Vermögensungleichheit verschärft zu haben. Dieser Befund wird heute durch eine Reihe von – politisch unverdächtigen – Untersuchungen und Studien bestätigt.[11] Die weltweiten Privatvermögen explodieren mitten in einer finanziellen Krise der Staaten. Das ist kein Zufall, im Gegenteil: Die privaten Vermögen sind nichts anderes als die Kehrseite der Medaille von öffentlichen und privaten Schulden.

Ungleichheit ist volkswirtschaftlich schädlich und bedroht die Demokratie

Selbstverständlich kann man sich unendlich über die Zulässigkeit und Nichtzulässigkeit von bestimmten und anderen Daten und Zeitspannen zur Messung der ökonomischen Ungleichheit unterhalten. Fakt ist aber: die Ungleichheit in modernen kapitalistischen Gesellschaften ist sehr hoch – auch Schaltegger kommt auf Einkommenskonzentrationen von 30 Prozent und mehr bei den Top-10-Prozent der Einkommensbezieher. Diese Ungleichheit ist – und darüber sollten wir vor allem diskutieren – mindestens aus zwei Gründen gefährlich für unsere Gesellschaften: Sie ist volkswirtschaftlich schädlich und gefährlich für die Demokratie. Langsam setzt sich die Erkenntnis durch, dass die Krise von 2008 eben nicht einfach eine kurzfristige Krise des Bankensektors war und ist, sondern vielmehr eine langfristige Krise der Nachfrage. Und tatsächlich ist genau dies eine Folge der Ungleichheit. Eine Überkonzentration von Vermögen und Reichtum führt zu ineffizienten Allokationen gesellschaftlicher Investitionen. Anders formuliert: wenn so viel Kapital in wenigen Händen konzentriert wird, dass es nicht mehr gewinnbringend in die Realwirtschaft investiert werden kann, werden die Finanzierung von Schuldpapieren und die risikoreiche, kurzfristige Spekulation zu bevorzugten Optionen. Das nicht investierte Geld wirkt sich auf die Kaufkraft aus. Genau so entstehen Finanzblasen – und letztlich Wirtschaftskrisen.

Zweitens wird die Konzentration von Reichtum zur Bedrohung für die Demokratie, wie dies der Ökonom Joseph Stiglitz in seinem Bestseller «The Prize of Inequality» am Beispiel der USA

---

[1] Christoph Schaltegger: Die soziale Frage. In: Schweizer Monat, Sonderthema 17, S. 16–20.
[2] Vgl. R. Föllmi und I. Martinez: Volatile top income shares in Switzerland? Reassessing the evolution between 1981 and 2009. Web: http://www.voxeu.org/article/top-income-shares-switzerland-1981-2009.
[3] Zu den (im europäischen Vergleich überhöhten) Managerlöhnen hat HKP verschiedene Studien veröffentlicht. Zu beziehen auf hkp.com.
[4] Vgl. D. Lampart, D. Gallusser und D. Kopp: Lohndruck und ungerechte Verteilung. Die finanzielle Lage der Arbeitnehmenden in der Schweiz – Analyse und Handlungsmöglichkeiten. SGB, 2013. Web: http://www.sgb.ch/uploads/media/Lohndruck_und_ungerechte_Verteilung_-_Finanzielle_Lage_der_Arbeitnehmenden_-_SGB_2013.pdf
[5] Vgl. Verteilung des Wohlstands in der Schweiz. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 10.4046 von Jacqueline Fehr vom 07.12.2010, August 2014.
[6] Vgl. SGB-Verteilungsbericht 2012.
[7] Vgl. Lampart, Gallusser, Kopp.
[8] Vgl. OECD: Divided we stand. Why Inequality keeps rising. 2011.
[9] Vgl. Lampart, Gallusser, Kopp.
[10] J. B. Davies et al.: The World Distribution of Household Wealth. United Nations University (UNU-WIDER), Helsinki/New York 2008.
[11] Vgl. Allianz Global Wealth Report 2014, Credit Suisse Global Wealth Report 2014, Wealth-X und UBS Billionaire Census 2014 und Ultra Wealth Report 2013–2014, Bank Bär Wealth Report Europe 2013.

erschreckend anschaulich darstellt. Irgendwann schlägt eben auch – oder gerade – in einer liberalen, bürgerlichen Demokratie schiere ökonomische Macht in politische um. Dabei ist das regelrechte Kaufen von politischen Entscheiden – etwa vorteilhafte Steuergesetze für Reiche oder schwache Marktregulierungen – nur die eine Seite der Medaille. Sowohl in den USA als auch in der Schweiz wird die Regulierung der Banken vor allem von den Banken selber formuliert, die Versicherungsgesetze werden von den privaten Versicherern entworfen und die Steuerreformen von den Treuhandkammern konzipiert. Konzentrierter Reichtum entwickelt durch die Abhängigkeit des Staates von den Steuereinnahmen eine antidemokratische Schlagseite. Derzeit erleben wir dies in den Debatten um die Abschaffung der Pauschalbesteuerung oder die Unternehmenssteuerreform III. Schon allein die Drohung der Abwanderung von grossen Unternehmen oder reichen Privatpersonen bringt eine politische Mehrheit dazu, diesen Grosskonzernen und Milliardären weitgehende Privilegien anzubieten. Die demokratisch organisierte Politik lässt sich von privaten Kapitalinteressen diktieren, was sie darf und was nicht. Die Ohnmacht der Politik hat mit der Krise in Europa eine neue Spitze erreicht. Das merken die Menschen, was zu einer Veränderung ihres politischen Handelns führt: im besseren Falle zu Politikabstinenz. Im schlimmeren Falle zu demokratischen Tobsuchtsanfällen gegen die vermeintliche Bedrohung von Selbstbestimmung, Souveränität und Identität im Inneren (Ausländer, Muslime, Sozialhilfebezüger) und auch gegen aussen, wie wir das am 9. Februar dieses Jahres erlebt haben.

Es ist sicher nicht falsch, Schlüsse aus der Vergangenheit zu ziehen – auch als Liberaler: Die Geschichte Europas und unseres Bundesstaates seit den bürgerlichen Revolutionen um und nach 1848 ist der Beweis, dass so etwas wie «Gesellschaft» eben erst durch Solidaritätsleistungen entsteht. Das ist die zentrale Erkenntnis aus 150 Jahren sozialen Kämpfen, zum Beispiel um die AHV oder die progressive Besteuerung von Einkommen. Und diese Geschichte kommt nie an ihr Ende, sondern ist auf die ständige Erneuerung und Anpassung des Gesellschaftsversprechens angewiesen. Dazu gehört, dass eben auch und gerade eine liberale, bürgerliche Gesellschaft ein Minimum an ökonomischer Gleichheit benötigt, sonst droht sie an ihren zentripetalen Kräften zu zerbrechen. Den Radikalen von 1848 war, im Unterschied zu den Liberalen von heute, dieser «blinde Fleck» des Liberalismus durchaus bewusst. ‹

René Scheu

Einspruch, Herr Wermuth!

Ich habe mit Cédric Wermuth, Ex-Juso-Präsident, SP-Nationalrat und «Monat»-Autor, schon einige Dispute ausgetragen. Diesmal hat Cédric nicht an einer Aussage von mir, sondern an einem Essay von Christoph Schaltegger, Professor für politische Ökonomie in Luzern, Anstoss genommen. Ich drucke die Replik gerne ab – mit Duplik (sic!).

Der SP-Vordenker argumentiert streng ökonomisch, was erst mal erfreulich ist. Leider tut er dies gemäss der vulgärkeynesianisch-sozialdemokratischen Dogmatik: Nehmet von denen, die haben, und gebet es den anderen – und schon ist dank neuer Nachfrage das ökonomische Perpetuum mobile geschaffen. So einfach läuft die Maschinerie aber nicht. Denn die Zauberworte einer Gesellschaft, die Umverteilungsmasse generiert, heissen weiterhin «Stress», «Investition» und «Innovation». In einer dynamischen Umgebung mit unsicheren Geldflüssen sind es auf eigenes Risiko handelnde Individuen, die den Karren ziehen. Techniker des Sozialen pflegen demgegenüber ein statisches Denken, das mit verfügbaren volkswirtschaftlichen Quanten hantiert und das Handeln der Individuen ausblendet – aber heben wir uns diesen Disput, lieber Cédric, für den nächsten Debattenabend auf. Ich will den Finger auf einen anderen wunden Punkt legen.

Der Diskurs über die materielle Ungleichheit ist zur Obsession unserer Wohlfahrtsstaaten geworden. Dies ist darum erstaunlich, weil die Gesellschaften noch nie so reich waren wie die mitteleuropäischen heute. So viel garantiertes (wenn auch nicht bedingungsloses) Grundeinkommen war noch nie, so viel Umverteilung auch noch nicht. Wenn eine Schere aufklafft, dann jene zwischen objektivem Wohlstand und subjektivem Unwohlsein.

Die soziale Wohlfahrt ist in der Tat ein Budgetposten von stolzem Umfang. Er beansprucht mittlerweile einen Drittel des Staatshaushalts, bei ständig steigendem Gesamtaufwand (1992: 6,875 Milliarden, 2013: 21,106 Milliarden). Nicht die Ausgaben für Militär oder Landwirtschaft, sondern jene für Soziales treiben den Staat in die Überschuldung. Dabei zeigt sich bereits: Der Sozialstaat, gedacht als Stifter gesellschaftlichen Friedens, erweist sich zunehmend als Quelle sozialer Unrast.

Was ist dagegen zu tun? Nicht: mehr besteuern und umverteilen, sondern: die unternehmerisch veranlagten Individuen wirken lassen, damit sie Jobs schaffen; die Steuern aller Einkommensklassen senken, damit die Leute mehr Geld zur Verfügung haben; und den Staat zurückbauen, damit dessen Vertreter nicht ständig darüber brüten, wie sie das Notwendige (und Gedeihliche) verhindern können.